

Gemeinsam gegen rechte Gewalt

Am 5. November 2005 versuchten etwa zweihundert Neonazis erneut, unter dem infamen Slogan »Gegen linke Gewalt« durch Potsdam zu marschieren. Wie schon vor einem Jahr stellten sich ihnen Tausende entgegen. Nirgendwo in Brandenburg ist der Widerstand gegen Rechts so stark. Das liegt vor allem an zweierlei: Potsdam hat ein breites Spektrum linker und alternativer Projekte und eine Stadtverwaltung, die den Dialog mit diesen Initiativen gesucht und gefunden hat. Andere Brandenburger Kommunen könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Stattdessen misstrauen viele LokalpolitikerInnen Jugendlichen, die sich gegen Rechts engagieren. So etwa der Forster Bürgermeister. Anstatt die SchülerInnen zu loben, für deren Einsatz das örtliche Gymnasium kürzlich den Titel »Schule ohne Rassismus« erhielt, mäkelte er an ihrer Aufmachung herum. Dass ein Schüler ein T-Shirt mit dem Konterfei von Che Guevara trug, veranlasste den Lokalpolitiker zu der Äußerung, ohne Linksradikalismus gäbe es keinen Rechtsradikalismus. Wo lebt der Mann? Wer Linksradikalismus für ein Problem hält, soll den Verfassungsschutzbericht lesen. 2004 kamen in Brandenburg auf eine linke zwanzig rechte Straftaten. Es sind die Jugendlichen, die offen ihre linke oder alternative Einstellung zeigen, die Gefahr laufen, einen Baseballschläger auf den Kopf zu kriegen. Sie sind es, die den Neonazis jeden Tag in den Schulen und auf den Straßen gegenüberstehen und ihnen widersprechen. Wem an der Demokratie etwas liegt, der sollte sie unterstützen. *Opferperspektive e.V.*



PotsdamerInnen stoppten rechten Aufmarsch, 5.11.2005

POTSDAM

Eskalation rechter Gewalt

Am 13. Juni 2005 wurden in Potsdam zwei Neonazis verurteilt, weil sie sich in der Neujahrsnacht 2003 an einem Angriff auf das Jugendkulturzentrum Chamäleon beteiligt hatten. Während des Prozesses wurden Zeuginnen im Gerichtsgebäude durch Rechte bedroht und angerempelt. Die sogenannte Anti-Antifa hatte zuvor dazu aufgerufen, Linke auf dem Weg ins Gericht anzugreifen. Julia S., die Vorsitzende von Chamäleon e.V., sagte unter den Augen der Rechten als Belastungszeugin aus. Eine Woche später wurde die 22-Jährige verhaftet. Sie soll zu einer Gruppe von fünf Personen gehört haben, die den Rechten Benjamin Ö. (16) überfielen; dabei soll ein »Teleskopschlagstock« verwendet worden sein. Julia S. sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Sie habe den Jugendlichen ermorden wollen, so die Staatsanwaltschaft. Dieser trug eine Kopfverletzung davon, die ambulant behandelt wurde. Zwei Wochen später war Benjamin Ö. dabei, als Rechte einem Linken gegen

den Kopf traten und mit einer abgebrochenen Flasche in Gesicht und Hals schnitten.

Die Polizei wertete die Vorgänge als »Gewalteskalation zwischen Links und Rechts«. Allerdings stehen dem Angriff gegen Benjamin Ö. bislang 18 rechte Gewalttaten in diesem Jahr in Potsdam gegenüber – so viele wie in keinem der Jahre zuvor. Antifa-Gruppen kritisieren, dass das Engagement gegen Rechts mit der Gewalt von Neonazis auf eine Stufe gestellt werde. Der Justiz werfen sie vor, den Überfall auf den Rechten zu einem Mordversuch aufzubauschen. Zahlreiche Potsdamer Vereine, unter ihnen die Opferperspektive, sowie Hochschulprofessoren und Landtagsabgeordnete teilen diese Kritik. In einem offenen Brief, den die Mutter von Julia S. am 5. Oktober dem Oberbürgermeister übergab, fordern sie, den Vorwurf des versuchten Mordes fallen zu lassen und die Chamäleon-Vorsitzende aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

INHALT

FÜRSTENWALDE »Wir haben hier die Macht«

POLIZEI »Streit zwischen Deutschen und Ausländern«

RHEINSBERG Solidarität gegen rassistische Gewalt

GUNNAR S. »Man kann gar nicht sagen, wie das ist«

»Wir haben hier die Macht«

Am 18. Juni 2005 feierte Fabian* im Fürstenwalder Stadtpark mit FreundInnen aus der Punk-Szene seinen 16. Geburtstag. Am frühen Abend wurden sie von vorbeikommenden Rechten angepöbelt. Gegen Mitternacht, als die meisten Punks gegangen waren, erschienen etwa zehn Rechte und gingen auf die verbliebenen Gäste los. Der 19-jährige Jochen* wurde bewusstlos geschlagen, ins Gesicht getreten, Bierflaschen wurden auf ihm zertrümmert. Fabian erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma und wurde zusammen mit Jochen und einem weiteren Freund ins Krankenhaus gebracht.

Die herbeigerufene Polizei konnte einige Rechte festnehmen. Deren Blutalkoholwerte waren in der Polizeimeldung, die in der *Märkischen Allgemeinen* erschien, bis zur zweiten Stelle nach dem Komma zu lesen. Dass sie »Sieg Heil!« gebrüllt hatten, ging aus dem Text mit der Überschrift »Schlägerei zwischen Jugendgruppen« indes nicht hervor. Jugendliche machten ihrem Ärger über das Verschweigen des politischen Hintergrunds in Internetforen Luft. Die Polizei korrigierte ihre Darstellung der Tat.

Fabian und Jochen verbringen die meiste Zeit in einem städtischen Jugendclub. Die Leitung hat den Rechten den Zutritt untersagt. »Die haben dann den Jugendclub umstellt«, berichtet Jochen. Mehrmals wurde die Einrichtung belagert, Jugendliche wurden beschimpft und fotografiert. Als der Sozialpädagoge Marc H.* schließlich die Polizei rief, widersetzten sich die Rechten, es kam zu Handgreiflichkeiten. Der stadtbekannteste Rechtsextremist Denny Baumbach startete daraufhin eine Unterschriftensammlung in der Nachbarschaft des Jugendclubs. »Anständige Bürger«, so der Text, müssten etwas gegen den »Hort von Drogen und Gewalt« unternehmen.

Der Jugendsozialarbeiter Marc H. sieht hinter der Bedrohung eine Strategie: »Die NPD hat in Fürstenwalde gute Strukturen aufgebaut. Die Parteileute sind auf der Straße nicht präsent, aber sie haben Leute wie Denny Baumbach und Christian W., die systematisch Jugendliche rekrutieren.« Denny Baumbach sammelt in einem Haus rechte Jugendliche um sich, zugleich unterhält er engen Kontakt mit dem NPD-Kreis-tagsabgeordneten Klaus Beier. Christian W.s Einsatzgebiet ist der Doppelgänger-Platz im Stadtzentrum. Hier trifft sich eine



Bundestagswahlkampf 2005 in Fürstenwalde

Clique von 20 bis 30 rechten Jugendlichen. Fünf von ihnen stehen zur Zeit vor Gericht, weil sie im Juli 2004 jugendliche Flüchtlinge unter »White Power«-Rufen zusammengeschlagen hatten. »White Power heißt, dass wir hier die Macht haben und nicht die«, erklärte einer der Angeklagten dem Richter selbstbewusst.

Marc H. versucht, mit alternativer Kultur und Politik den Rechten etwas entgegenzusetzen. »Mir gefällt daran, dass wir über Vorfälle sprechen«, sagt Fabian über die Jugendinitiative, die Ska- und Punk-Konzerte organisiert. »Wir haben aber auch die Gegenaktion zum NPD-Stand an Ostern mit auf die Beine gestellt«, ergänzt Jochen. Bei der Protest-

aktion arbeiteten sie mit der Plattform gegen Rechts zusammen. Das Bürgerbündnis ist seit 1998 aktiv. Fabian und Jochen glauben allerdings nicht an die Zivilgesellschaft: »Otto Normalverbraucher interessiert es nicht, was uns passiert. Die sind froh, dass sie selbst nichts abkriegen.« Die Jungs beklagen, dass die Rechten Anerkennung finden, seitdem sie nicht mehr das typische Outfit haben. Der Sozialpädagoge pflichtet ihnen bei: »Sie beeinflussen mit Erfolg Jugendliche.« Marc H. berichtet, dass er einige Jugendliche an die Rechten »verloren« habe. Aber er will ihnen nicht das Feld überlassen. »Die sind deshalb stinksauer«, weiß er. Fabian und Jochen nicken.

* Namen wurden geändert

Jugendzentren im Visier der Rechten

Alternative und linke Jugendzentren sind zunehmend zum Ziel von organisierten Kampagnen und Angriffen rechter Gruppen geworden. Am 21. Januar 2005 drang eine Gruppe Rechter in das Straußberger Jugendzentrum Horte ein. Als ihnen ein Hausverbot erteilt wurde, schlug ein Rechter mit einem Hammer einem Horte-Mitarbeiter ins Gesicht. Zwei Tage später demonstrierte in Bernau das Nationale Bündnis Preußen gegen den Neubau des linken Jugendzentrums Dosto. Während einer Party am späten Abend wurde von Unbekannten ein selbstgebastelter Sprengkör-

per gezündet, der ein Fenster des Dosto zerstörte. Am 14. Mai 2005 stürmten etwa 20 Rechte den Cottbusser Jugendclub Fragezeichen, zerstörten die Einrichtung und verletzten mehrere BesucherInnen. Dort sollte am Nachmittag eine Veranstaltung über Rechtsextremismus stattfinden. Am 4. Juni 2005 versuchte eine 30-köpfige Gruppe maskierter Rechter in Premnitz den als links geltenden Club Preju mit Eisenstangen und Baseballschlägern zu überfallen. Beim dritten Angriffsversuch nahm die Polizei 16 Rechte fest, die Molotow-Cocktails bei sich trugen.

»Streit zwischen Deutschen und Ausländern«

Nach einem Konzert in Potsdam hielt der Tourbus der mexikanischen Band Panteón Rococó am 15. Oktober 2005 auf einer Raststätte bei Neuruppin. Dort wurden nach Angaben des Bandmanagers zwei Musiker von sechs Rechten angepöbelt und geschlagen. Die Attackierten seien zu ihrem Bus geflohen, wo die Rechten sie mit Bierflaschen beworfen hätten. Nachdem die übrigen Bandmitglieder alarmiert worden waren, habe man die Angreifer abgewehrt, wobei drei Rechte verletzt wurden. Der Bus fuhr zum nächsten Rastplatz, der Manager rief die Polizei. Als diese kam, habe sie den Musikern die Pässe abgenommen und den Busfahrer einer Drogenkontrolle unterzogen; die inzwischen eingetroffenen Rechten hätten unterdessen völlig unbehelligt Bier getrunken. Auf der Polizeiwache habe ein Beamter den Musikern gesagt, dass die Rechten auf eine Anzeige verzichten würden, und ihnen nahe gelegt, dies ebenfalls zu tun.

In der Polizeimeldung wurde der Vorfall als »Streit zwischen einer ausländischen und einer deutschen Reisegruppe« bewertet und »ein ausländerfeindlicher Hintergrund« ausgeschlossen. Aufgebracht informierte die Band die Medien. Anstatt den Beschwerden nachzugehen, nannte der Polizeipräsident die Vorwürfe öffentlich eine Unverschämtheit und stritt jedes Fehlverhalten seiner BeamtInnen pauschal ab. Erst als der Leitende Oberstaatsanwalt der Polizeiführung widersprach, wurde der Fall ein zweites Mal untersucht. Nachdem jetzt neu ermittelt werden muss, versichert der Leiter des Schutzbereichs Neuruppin, das beanstandete polizeiliche Verhalten sei ein Einzelfall gewesen. Ein Einzelfall ist es aber nur insofern, als die Betroffenen über Medienkontakte und Rechtsanwälte verfügen – allein deshalb wurde der Fall publik. Mehrfach haben Opfer rechter Gewalt berichtet, dass sie von PolizistInnen diskriminiert wurden. Häufig

gibt es dafür jedoch keine unabhängigen Zeuginnen.

Zuletzt erfuhr die Opferperspektive von zwei binationalen Familien, die am 22. Juni 2005 von zwei Männern rassistisch beleidigt und geschlagen wurden. Auch in diesem Fall riet ein Polizist einem der Opfer, von einer Anzeige abzusehen. Der Beamte habe argumentiert, er wolle zunächst hören, was die Deutschen über den Vorfall zu sagen haben, die bereits die Opfer angezeigt hatten. Inzwischen ist für den Geschädigten die Frist für einen Strafantrag gegen die Deutschen verstrichen.

In der rechten Szene hat es sich herumgesprochen, dass es sich lohnen kann, die Opfer anzuzeigen, wenn diese sich gewehrt haben. Die Polizei ist dann verpflichtet, auch gegen die Opfer zu ermitteln. Und ganz schnell kann so aus einem rechten Überfall ein »Streit zwischen Deutschen und Ausländern« werden.

RHEINSBERG

Solidarität gegen rassistische Gewalt

Am 30. September 2005 wurde Mehmet Çimendağs Imbisswagen in Rheinsberg mit einer Solidaritätsdemonstration symbolisch wieder eröffnet. Etwa 100 Menschen kamen, um dem Betreiber ihre Unterstützung zu zeigen. Sechs Monate zuvor war der Dönerstand durch einen Brandanschlag zerstört worden. Es

war die vierte Brandstiftung gewesen, seitdem der Imbiss zwei Jahre zuvor errichtet worden war. Der Bürgermeister bat Mehmet Çimendağ daraufhin in einem offenen Brief, Rheinsberg nicht den Rücken zu kehren, und sagte jede Unterstützung zu. Die Staatsanwaltschaft setzte eine Belohnung für Hinweise auf

die TäterInnen aus. Überregionale Tageszeitungen berichteten über den Fall, der große Symbolkraft erhalten hatte. Die Stadt, Rheinsberger BürgerInnen und die Opferperspektive sammelten insgesamt 16.803 Euro an Spenden. Das Innenministerium und der Weiße Ring sagten weitere Hilfe zu. Das überzeugte Mehmet Çimendağ, sich nicht vertreiben zu lassen und einen Neuanfang zu wagen. Auf die Welle der Solidarität folgten jedoch Monate mit sozialen, rechtlichen und baulichen Problemen. Und nicht alle RheinsbergerInnen sind dem kurdischen Imbissbetreiber freundlich gesonnen. Hinter vorgehaltener Hand kursieren Gerüchte, er habe den Imbiss selbst angezündet. Mehmet Çimendağ hofft, dass die Polizei die TäterInnen noch fassen kann, damit die üble Nachrede aufhört. Die Staatsanwaltschaft hat angedeutet, dass bald ein Ermittlungsergebnis vorliegen könnte. Danach kann endlich die Versicherungssumme von 8.000 Euro ausbezahlt werden, die für die Inbetriebnahme des Imbisses noch benötigt wird. Einem Neuanfang stünde dann nichts mehr im Wege.



Mehmet Çimendağ mit UnterstützerInnen, 30.9.2005

»Man kann gar nicht sagen, wie das ist.«

In eigener Sache

Ende Oktober in Brandenburg. Gunnar S. sitzt im Garten vor seiner Laube. Er berichtet, was er in dem neuen Schrebergarten noch verbessern will. Erst einmal müsse er sich aber um das Herbstlaub kümmern. Früher arbeitete er als Baumaschinist, heute erhält der 34-Jährige eine Invalidenrente. Mit dem Kauf der Parzelle hat er sich einen Traum erfüllt. Bezahlt hat er das Grundstück mit Spenden, die der *Tagesspiegel* und die Opferperspektive für ihn sammelten. Gunnar S. will nicht, dass bekannt wird, wo er heute lebt. Er hat Angst vor denjenigen, die ihn am 6. Juni 2004 quälten. Nachts wacht er auf und hört ihre Stimmen. Einmal hat er auch die Schmerzen wieder gespürt. »Man kann gar nicht sagen, wie das ist«, erzählt er. Mit einer Psychologin versucht Gunnar S., sein Trauma zu bearbeiten.

17. Juni 2005, Landgericht Frankfurt (Oder). Der Vorsitzende Richter verkündet das Urteil gegen Ronny B. (29), David K. (24), Daniel K. (22), Ramona P. (25) und Stefanie L. (21). Die Männer erhalten Haftstrafen von dreizehneinhalb, zehn und neuneneinhalb Jahren, die Frauen werden zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Ronny B. beschimpft das Gericht, der Richter ermahnt ihn. Daniel K. und David K. bleiben regungslos. Stefanie L. und Ramona P. wirken erleichtert. Der Richter skizziert die Lebensläufe der Angeklagten. Es entsteht das Bild eines Alltages, der von Alkohol, Anabolika und Gewalt geprägt war. Ronny B. und David K. – ihre muskulösen Arme sind mit Nazi-Symbolen tätowiert – wurden schon mehrfach verurteilt: Gewalt gegen Linke und Ausländer, Erpressung, Einbrüche. Nur der jüngere Daniel K. habe sich aber zu seiner rechten Gesinnung bekannt, konstatiert der Richter. Den Anstoß für die Tat hatte David K. gegeben. Er habe, so der Vorsitzende, seinen Freunden wider besseren Wissens weisgemacht, dass Gunnar S. versucht habe, ein 15-jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Ronny B. hatte Gunnar S. daraufhin gezwungen, in eine Wohnung mit zu gehen. Der Vorsitzende rekonstruiert, was sich in den folgenden zwei Stunden zutrug. Ramona P. und Stefanie L. saßen auf einem Sofa, lachten und ermunterten die Männer, den »Kinderficker« zu bestrafen. Erst als Ronny B. Gunnar S. mit einem großen Messer töten wollte, veranlassten die

Frauen die anderen Männer, ihm die Waffe abzunehmen. Daraufhin wurde ein kleineres Messer aus der Küche geholt. Die Frauen entspannten sich wieder. Die Folterungen wurden fortgesetzt. Der Richter zählt die medizinischen Befunde auf: Gunnar S. erlitt Verbrennungen an Rücken, Gesäß und Geschlecht, der Darm war zur Bauchhöhle hin durchstoßen, sein Körper mit offenen Wunden und Blutergüssen übersät. Sichtlich erleichtert beendet der Vorsitzende die Darstellung des Tatgeschehens. Nach dem Ende der Verhandlung verschwinden Ramona P. und Stefanie L. schnell aus dem Gebäude. Die drei Männer werden in Handschellen abgeführt. Vor der Tür stehen einige kahlrasierte Männer. Sie rauchen und zeigen ihre Wut über das Urteil. Keiner der vielen JournalistInnen wagt, sich ihnen zu nähern.

Gunnar S. hat in einem Schnellhefter Zeitungsartikel aufbewahrt. Ganz oben liegt das Titelblatt der *Bild*-Zeitung vom Tag nach der Tortur. Eine junge Frau hatte ihn gefunden. Während sie einen Notarzt rief, fotografierte ihr Lebensgefährte den geschundenen Körper. Er verkaufte das Material an die *Bild*-Redaktion. »Das war schon heftig«, sagt Gunnar S. rückblickend. Andererseits versteht er, dass die Medien berichteten. Aber er wollte, dass auch seine Perspektive wahrgenommen wird. Im Mai 2005 zeichnete ein *Tagesspiegel*-Redakteur auf, was Gunnar S. erlebt hatte. Er kann sich an viele Details der Tat erinnern, aber die Zeit danach ist verblasst. Nach einer Notoperation war Gunnar S. in ein künstliches Koma versetzt worden. Der Kriminalpolizei hatte er bei der ersten Befragung verschwiegen, wer ihn misshandelt hatte – aus Angst. »Wir machen deinen Kleinen kalt«, hatten die Männer gedroht. Damit war der dreijährige Sohn von Gunnar S. gemeint.

Der Verhandlung hat Gunnar S. nicht beigewohnt. Seine Zeugenaussage konnte er im Beisein eines Mitarbeiters der Opferperspektive durch eine Video-Live-Schaltung machen. Es habe ihn sehr angestrengt, als er wieder die Stimmen der TäterInnen durch die Kopfhörer vernahm. Trotzdem sei es ganz gut gegangen. Ronny B., der ihm am meisten Schmerzen zugefügt hatte, habe ängstlich geklungen; das habe gut getan. Der Prozess ist vorbei. Die Narben bleiben für immer.

Zuerst die guten Nachrichten: Die Zahl der Menschen, die mit regelmäßigen Spenden die Opferperspektive unterstützen, hat zugenommen. Im September 2005 erfuhren wir zudem, dass das Brandenburger Justizministerium die Beratung von Opfern rechter Gewalt im laufenden Jahr doch fördern will. Nun die schlechten: Unsere Arbeit wird von öffentlichen Mitteln abhängig bleiben; zu deren Eigenheiten gehört es, dass über sie jedes Jahr neu entschieden wird. Das Bundesprogramm CIVITAS, das über 80 Prozent der Kosten finanziert, soll Ende 2006 auslaufen. Ob eine neue Bundesregierung die Förderung weiterführen wird, ist nicht bekannt. Mit uns blicken daher viele der Vereine, die sich in Ostdeutschland der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hilfe für die Opfer widmen, in eine ungewisse Zukunft. Wir danken allen, die uns helfen, die Arbeit mit Opfern rechter Gewalt fortzusetzen.

Opferperspektive e.V.

IMPRESSUM



Herausgeberin:

Opferperspektive e.V.

Schloßstr. 1

14467 Potsdam

Telefon: 0171 1935669

Telefax: 012125 11559889

Email: info@opferperspektive.de

Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Jonas Frykman,

Opferperspektive e.V.

Gestaltung: S. Steinhof, www.rrita.de

Spendenkonto: 350 202 3041

**Mittelbrandenburgische Sparkasse
Potsdam**

BLZ: 160 500 00